

Leitfaden zum Verfahren “Mitbestimmung beim Ausbau von Anliegerstraßen in Eberswalde“

Der folgende Leitfaden erklärt das Verfahren zum Ausbau von Anliegerstraßen in Bezug auf Mitbestimmung der beitragspflichtigen Grundstückseigentümer, die für einen Straßenausbau nach aktueller Straßenbaubeitragssatzung einen Anteil von 60 % am Aufwand tragen.

1. Bei Anliegerstraßen findet in der Regel eine Mitbestimmung in Form von Meinungsäußerungen/Vorschlägen zu möglichen Varianten und Abstimmung (ja/nein) zum möglichen Straßenausbau durch die beitragspflichtigen Grundstückseigentümer statt.
2. Ausnahmen von Punkt 1 liegen vor, wenn die Verkehrssicherheit nicht mehr durch den Straßenbaulastträger sichergestellt werden kann. Hier erfolgt der Straßenausbau ohne Abstimmung durch die beitragspflichtigen Grundstückseigentümer oder auch gegen deren erklärten Willen.
3. Bei Sammel-, Hauptsammel- und Hauptverkehrsstraßen findet eine Mitbestimmung in Form von Meinungsäußerungen/Vorschlägen, jedoch keine Abstimmung zum Straßenausbau statt. Gemäß §§ 9 f. Brandenburgisches Straßengesetz entscheidet hier allein die Stadt Eberswalde als Straßenbaulastträger über das „Ob“ einer Straßenbaumaßnahme.

Verfahrensweise

1. Nachfrage der Bürger beim Tiefbauamt zu den ungefähren Gesamtkosten der Baumaßnahme
2. Grobkostenermittlung durch das Tiefbauamt anhand aktueller Straßenbaumaßnahmen und Übermittlung der ca. Gesamtkosten und ca. Beitragshöhen an o. g. Bürger
3. Unterschriftensammlung bei den beitragspflichtigen Grundstückseigentümern durch o. g. Bürger = **1. Abstimmung** (ja/nein)
4. Bei mehrheitlichem Einverständnis der beitragspflichtigen Grundstückseigentümer erfolgt eine Bürgerversammlung mit Ausführungen
 - zum möglichen Ausbau (evtl. Varianten),
 - zu den Gesamtkosten der Straßenbaumaßnahme (Preisänderungen bis zu 15 % durch unvorhersehbare Leistungen, z. B. wg. Baugrund sowie zuzüglich jährliche Preissteigerungen von 9 % sind zu akzeptieren) und
 - zu beitragsrechtlichen Belangen

Bei dieser Bürgerversammlung erfolgt die Mitbestimmung der beitragspflichtigen Grundstückseigentümer in Form von Meinungsäußerungen und Vorschläge zum Ausbau und Anmerkungen von Hinweisen und Anregungen.

5. Im Zuge bzw. im Nachgang der Bürgerversammlung wird eine schriftliche **2. Abstimmung** (ja/nein) aufgrund der genannten Informationen durch das Tiefbauamt durchgeführt.
6. Die Auszählung der abgegebenen Stimmen erfolgt nach Anzahl der an der betroffenen Straße anliegenden Flurstücke. Neben den Stimmen der Grundstückseigentümer hat die Stadt Eberswalde als Straßenbaulastträger ebenfalls Stimmrecht, das mit 10 % der Anzahl der anliegenden Flurstücke gewertet wird.
7. Bei Mehrheit **gegen** den Straßenausbau = Stoppen der Maßnahme
8. Bei Mehrheit **für** den Straßenausbau = Weiterplanung, Bau und Einstellung der Maßnahme in den Haushaltsplan
9. Ab hier Einsatz finanzieller Mittel der Stadt: Beauftragung von Vermessung, Baugrunduntersuchung und Erarbeitung der Vorplanung
10. Bei Feststellung einer Überschreitung der o. g. Gesamtkosten von über 15 % sowie zuzüglich jährlicher Preissteigerungen von 9 % wird eine **3. Abstimmung** (ja/nein) durch das Tiefbauamt durchgeführt.
11. Bei Mehrheit **für** den Straßenausbau = Umsetzung der Straßenbaumaßnahme
12. Bei Mehrheit **gegen** den Straßenausbau = Stoppen der Maßnahme, Stadt kann bisher ausgegebene Kosten nicht umlegen/refinanzieren und muss diese aus dem Aufwand (Straßenunterhaltung) finanzieren.